



Sie legten die Argumente des Komitees «Das Rad zurückdrehen? Nein zur Kesb-Initiative» auf den Tisch: Von links Nationalrat Alois Gmür, Bezirksrätin Petra Gamma (Küssnacht), Gemeinde- und Kantonsrat Ivo Husi (Schwyz) und Albert Auf der Maur, Gemeindepräsident Ingenbohl. Bild: Jürg Auf der Maur

# Grossaufmarsch für die Kesb

**Schwyz** Ein überparteiliches Komitee von Gemeinde- und Kantonsräten will das Rad nicht zurückdrehen und lehnt die Kesb-Initiative der SVP klar ab.

## Jürg Auf der Maur

Am 21. Mai wird im Kanton Schwyz über die Kesb-Initiative aus Kreisen der SVP abgestimmt. Nationalrat Pirmin Schwander als Kopf der Initianten will, dass im Kanton Schwyz die Gemeinden wieder Träger der Kesb sein sollen. Das Anliegen ist sehr emotional, denn seit der Einführung der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) haben verschiedene Fälle immer wieder national für Aufsehen gesorgt. Ein entsprechend hart geführter Abstimmungskampf wird deshalb erwartet.

### Wechsel führt zu Unsicherheit und Mehrkosten

Gestern nun haben sich die Gegner der Initiative an die Öffentlichkeit gewandt und die Argumente auf den Tisch gelegt, weshalb mit einem Ja zur Initiative zwar viel Unsicherheit und Kosten geweckt würden, letztlich aber nichts gewonnen

werden könnte. Dem überparteilichen Komitee unter der Führung von FDP-Kantonsrat Ivo Husi gehören Gemeinde- und Kantonsräte aus CVP, FDP und SP an.

Gegen 30 Personen gehören dem Komitee als Co-Präsidenten bereits an, wie Nationalrat Alois Gmür, die Küssnacher Fürsorgepräsidentin Petra Gamma, Ivo Husi und der Ingenbohler Gemeindepräsident Albert Auf der Maur darlegten.

Am bisherigen Zustand würde nichts ändern, hiess es gestern. Ein Wechsel der Aufsichtsbehörde vom Kanton (Departement des Innern) zu den Gemeinden wäre ein rein administrativer Schritt. «Die Gemeinden könnten als Aufsichtsbehörde zu den Entscheiden nach wie vor nichts sagen», so Husi. Selbst in einem Zweckverband, wie das die Initiative auch vorsehen würde, hätten die einzelnen Gemeinden nicht mehr zu sagen. Bereits unter dem alten Regime mit den

Vormundschaftsbehörden waren die Gemeinden verpflichtet, «sich subsidiär an den Kosten der Massnahmen zu beteiligen, wenn die Betroffenen nicht in der Lage waren, diese zu übernehmen».

Albert Auf der Maur und Petra Gamma machten deutlich, dass allein schon der Fachkräftemangel zu grossen Problemen führen würde. Eine erneute Umstrukturierung würde deshalb für alle Beteiligten nur Unsicherheiten schüren. Auch volkswirtschaftlich sei ein solcher Wechsel, wie ihn die Initiative will, nicht zu rechtfertigen. Der Verwaltungsaufwand und damit die Kosten bei den Gemeinden würden nämlich stark zunehmen. Allen Unkenrufen zum Trotz seien die Kosten bisher über den ganzen Kanton betrachtet seit der Einführung der Kesb, die das Bundesgesetz vorschreibt, nicht gestiegen. «95 Prozent der Fürsorgebehörden wollen das heutige System», betonte der Ingenbohler Gemeindepräsident Albert Auf der Maur.

«95 Prozent der Fürsorgebehörden wollen das heutige System.»

**Albert Auf der Maur**  
Gemeindepräsident Ingenbohl